

DER FINANZMINISTER DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Haus des Landtags

4000 Düsseldorf

4000 DÜSSELDORF 30, 9. September 1986
JÄGERHOFSTRASSE 6

I D 1 - 0028 - 10

ARCHIV
des Landtags Nordrhein-Westfalen

LEIHEXEMPLAR



Betr.: Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen;
hier: Einführungsbericht über den Einzelplan 14
- Allgemeine Finanzverwaltung -
Haushaltsjahr 1987

Anlg.: - 100 Mehrabdrucke -

Als Anlage übersende ich den Einführungsbericht über den Einzelplan 14.

Pöschel

B - 1

DER FINANZMINISTER DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

4000 DÜSSELDORF 30,
JÄGERHOFSTRASSE 6

9. September 1986

I D 1 - 0028 - 10

Betr.: Entwurf des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1987;
hier: Einzelplan 14 - Allgemeine Finanzverwaltung -

- I. Der Haushaltsplan der Allgemeinen Finanzverwaltung - Einzelplan 14 - enthält bestimmte Gruppen von Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen, die mehrere Verwaltungszweige oder die Gesamtheit der Landesverwaltung berühren und demzufolge für eine institutionelle Zuordnung in den Einzelplänen nicht in Betracht kommen (s. § 13 Abs. 2 Satz 1 LHO).

Weil neben den Steuereinnahmen des Landes auch die zum Ausgleich des Gesamthaushalts notwendigen Einnahmen aus Krediten hier veranschlagt sind, trägt der Einzelplan 14 gleichzeitig dem Ausgleichsgebot des Artikels 81 Abs. 2 Satz 3 LV für den Gesamthaushalt Rechnung.

Da Einzelheiten zur formalen Gestaltung, über die Einnahmen- und Ausgaben-schwerpunkte und über die allgemeine Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben im Vorwort des Einzelplans, im Finanzbericht und in der Haushaltsrede dargestellt wurden, konzentriert sich dieser Bericht zu den einzelnen Kapiteln des Einzelplans 14 auf wesentliche darüber hinausgehende Punkte.

...

II. Der Entwurf des Einzelplans 14 schließt mit einem Überschuß von 32,5 Mrd. DM ab.

Kapitel 14 010 - Steuern -

Die in den Haushaltsentwurf 1987 eingestellten Steuereinnahmen in Höhe von 46.280,0 Mill. DM basieren auf den regionalisierten Ergebnissen der Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom 26./28. Mai 1986. Gegenüber dem Haushaltsplan 1986 beträgt die Zuwachsrate 7,0 v. H. oder 3.030,0 Mill. DM.

In die Steuerschätzung einbezogen wurden die finanziellen Auswirkungen

- der von der Landesregierung vorgeschlagenen Aufhebung der kommunalen Beteiligung an der Grunderwerbsteuer zum 01.01.1987,
- des zweistufig wirksam werdenden Steuersenkungsgesetzes 1986/1988,
- der Verbesserungen der Abschreibungsbedingungen bei Wirtschaftsgebäuden und Heizanlagen,
- des Steuerbereinigungsgesetzes 1986,
- der neu geregelten Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums sowie
- der Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer ab 1986 um 0,5 v. H. auf 35,0 v. H..

Mit den Steuereinnahmen können rd. 77,4 v. H. der bereinigten Gesamtausgaben des Landes finanziert werden (Steuerdeckungsquote).

Kapitel 14 020 - Allgemeine Bewilligungen -

Das Kapitel enthält alle Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen, die aus systematischen Gründen den übrigen Kapiteln des Einzelplans nicht zugeordnet werden können.

...

Die im Entwurf 1987 eingestellten Einnahmen sind mit 1.194,1 Mill. DM um rd. 187,3 Mill. DM höher als im Vorjahr. Diese Steigerung ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß aufgrund von Erfahrungen der Vergangenheit die globalen Mehreinnahmen in allen Einzelplänen (Titel 371 20) von 40,0 Mill. DM auf 172,0 Mill. DM erhöht wurden. Darüber hinaus wurde der Ansatz für Konzessionseinnahmen aus dem Zahlenlotto (Titel 123 30) unter Berücksichtigung der derzeitigen Lottoumsätze gegenüber dem Vorjahr um 21,2 Mill. DM auf 387,8 Mill. DM aufgestockt.

Da für 1987 eine weitere Steigerung der Bruttospielerträge der Spielbank Dortmund-Hohensyburg erwartet wird, wurde der Ansatz für die Spielbankabgabe (Titel 093 20) gegenüber 1986 um 22,2 Mill. DM auf 61,2 Mill. DM erhöht. Die Ansätze der Ausgabeteilgruppe 62 wurden entsprechend angepaßt.

Bei den übrigen Einnahmen des Kapitels sind gegenüber dem Vorjahr nur geringfügige Änderungen eingetreten.

Die Ausgaben sind gegenüber dem Haushaltsjahr 1986 mit 694,2 Mill. DM um 239,5 Mill. DM niedriger veranschlagt worden. Dies beruht zum einen darauf, daß der Personalverstärkungsfonds (Titel 461 10) auf Null gesetzt wurde (im Vorjahr wurden 184,1 Mill. DM veranschlagt). Zum anderen wurde der Ansatz für Minderausgaben in allen Einzelplänen (Titel 972 10) um 125,6 Mill. DM auf 354,7 Mill. DM aufgestockt.

Der Ansatz für Nachversicherungsbeiträge für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 20) wurde in Anpassung an die Ausgabenentwicklung der letzten Jahre um 35,0 Mill. DM erhöht. Der Anteil der Beamtenanwärter (insbesondere Lehramtsanwärter und Studienreferendare), die nach Abschluß der Ausbildung nicht mehr in den Landesdienst übernommen werden, ist weiterhin sehr hoch.

Ferner wurde der Ansatz für Vergütungen und Löhne für Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (Titel 427 70) durch Erhöhung von 20,0 Mill. DM auf 30,0 Mill. DM an die Istentwicklung der Vorjahre angepaßt. Die Ausgabenhöhe ist von der Anzahl der von der Bundesanstalt für Arbeit

...

eingeleiteten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen abhängig. Die Steigerung gegenüber den Vorjahren ist im wesentlichen auf die Einbeziehung weiterer Maßnahmen zum Umweltschutz in den Förderungskatalog zurückzuführen. Die Bundesanstalt für Arbeit erstattet 80 v. H. der Ausgaben.

Die übrigen Ansätze des Kapitels, darunter auch die Ausgaben für große Bauunterhaltung, kleine Baumaßnahmen und Maßnahmen für Energieeinsparung wurden gegenüber dem Vorjahr gar nicht oder nur geringfügig geändert.

Kapitel 14 030 - Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und
Finanzausgleich mit den Gemeinden und Ge-
meindeverbänden (Steuerverbund) und sonstige
Leistungen -

Land und Gemeinden haben gleichermaßen Anspruch auf eine angemessene Deckung ihres Ausgabenbedarfs. Das Land hat in früheren Jahren seinen Gemeinden überdurchschnittliche Finanzausweisungen gezahlt. Zur Sicherung der eigenen finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes wurden die Gemeinden allerdings in den letzten Jahren deutlich an der Konsolidierungspolitik des Landes beteiligt (z. B. durch Kürzung des Verbundsatzes).

Zum 01.01.1987 ist die Aufhebung der kommunalen Beteiligung an der Grunderwerbsteuer vorgesehen. Zur Minderung des Einnahmeausfalls der Gemeinden (der kommunale Anteil beläuft sich z. Z. auf 9/14 des Grunderwerbsteueraufkommens) wird das gesamte Grunderwerbsteueraufkommen in die Verbundgrundlagen einbezogen.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom 26./28. Mai 1986 beläuft sich der Verbundbetrag 1987 auf insgesamt 9.425,0 Mill. DM (plus 611,0 Mill. DM bzw. plus 6,9 v. H. gegenüber dem Vorjahr). Auf die allgemeinen Finanzausweisungen, die den Gemeinden ohne jede Zweckbindung zur Verfügung gestellt werden, entfallen 7.876,5 Mill. DM (im Vorjahr 7.380,6 Mill. DM), auf Zweckzuweisungen entfallen 1.548,5 Mill. DM (im Vorjahr 1.433,4 Mill. DM).

Der Anteil der Gemeinden an der Einkommensteuer (= 15 v. H. des von den

...

Finanzbehörden des Landes vereinnahmten Aufkommens an Lohnsteuer und veranlagter Einkommensteuer) wird für 1987 auf 8.181,2 Mill. DM (533,0 Mill. DM mehr gegenüber dem Vorjahr) geschätzt. Damit stehen für die Gemeinden und Gemeindeverbände im Kapitel 14 030 zusammen mit den Mitteln aus dem Steuerverbund (9.425,0 Mill. DM) und den sonstigen Leistungen (192,8 Mill. DM) im Haushaltsjahr 1987 17,8 Mrd. DM (im Vorjahr 16,7 Mrd. DM) zur Verfügung.

Die Ermittlung des Verbundbetrages, die Berechnung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die auf die einzelnen Ausgabearten aufgeteilten Ausgaben ergeben sich aus Kapitel 14 030 und aus dem Allgemeinen Vorbericht.

Kapitel 14 610 - Kapitalvermögen -

Im Kapitel 14 610 sind die Zins- und Tilgungsbeträge aus den vom Land gewährten Krediten und andere Einnahmen aus dem Kapitalvermögen sowie damit zusammenhängende Ausgaben veranschlagt.

Die Einnahmen des Kapitels sind gegenüber dem Vorjahr um rd. 42,2 Mill. DM auf 114,5 Mill. DM zurückgegangen. Dieses Ergebnis ist einerseits auf den Rückgang der im Haushaltsjahr 1987 nach den Zins- und Tilgungsplänen zu erwartenden Einnahmen zurückzuführen. Zum anderen wurde für die zum 01.07.1982 anlässlich der Kapitalerhöhung bei der Westdeutschen Landesbank Girozentrale gebildete Sonderrücklage des Landes eine Vergütung in Höhe von 11,6 Mill. DM (für das Geschäftsjahr 1986) vorgesehen. Im Haushaltsplan 1986 wurde noch eine Vergütung in Höhe von 43,0 Mill. DM für die Zeit vom 01.07.1982 bis zum 31.12.1985 veranschlagt.

Die Gesamtausgaben des Kapitels sind mit 83,2 Mill. DM gegenüber dem Haushaltsjahr 1986 nahezu unverändert. Lediglich die Verwaltungskosten für die treuhänderische Verwaltung von Landesdarlehen sowie für die Bearbeitung von Landesbürgschaften haben sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig geändert (plus 0,7 Mill. DM).

...

Kapitel 14 630 - Liegenschaftsvermögen -

Dieses Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Liegenschaften der Allgemeinen Finanzverwaltung (landeseigene Grundstücke, die nicht an anderer Stelle zu veranschlagen sind).

Die Einnahmen, die sich insbesondere aus Vermietungen, Verpachtungen und dem Verkauf von Grundstücken ergeben, sind mit 8,0 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Gesamtausgaben dieses Kapitels sind gegenüber dem Haushaltsplan 1986 lediglich um 0,4 Mill. DM auf 38,8 Mill. DM gestiegen. Die Ausgaben dienen in erster Linie dem Erwerb von Grundstücken (30,0 Mill. DM - Titel 821 00) und der Bewirtschaftung der Grundstücke (rd. 2,4 Mill. DM). Für den Umbau und die Errichtung von Behördenhäusern (einschließlich Umbau des Ständehauses sowie der Gebäude Kronprinzenstraße 2, Reichsstraße 43 und 45 und Elisabethstraße 5 in Düsseldorf - Titel 783 00 und 784 00) wurden für das Haushaltsjahr 1987 insgesamt 6,1 Mill. DM (plus 0,4 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr) veranschlagt.

Kapitel 14 650 - Schuldenverwaltung -

Die Einnahmen dieses Kapitels werden im wesentlichen vom Kreditbedarf des Haushaltsplanungsjahres bestimmt, die Ausgaben von den in den Vorjahren aufgenommenen Krediten.

Bei einer Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt von 5.649,8 Mill. DM betragen die Einnahmen vom Kreditmarkt (Titel 325 00) 5.579,0 Mill. DM. Im Rahmen der Nettoveranschlagung der Kredite werden die Tilgungsausgaben für Kredite am Kapitalmarkt nicht berücksichtigt. Aufgrund der Ermächtigung in § 2 Abs. 2 Haushaltsgesetz 1987 wachsen diese Tilgungsausgaben vielmehr den veranschlagten Kreditmarktmitteln zu. Für überjährige Kredite fallen Tilgungsausgaben in Höhe von 8.664,6 Mill. DM an.

...

Die Ausgaben des Kapitels werden für das Haushaltsjahr 1987 mit 6.752,7 Mill. DM (im Vorjahr 6.428,2 Mill. DM) veranschlagt. Davon entfallen auf Zinsen für auf dem Kapitalmarkt aufgenommene Kredite 6.223,4 Mill. DM - Titel 575 10 - (plus 278,0 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr). Bei Titel 575 20 wurde für eine Bonifikation von Anleihen, für ein Disagio von Anleihen, Landesobligationen, Kassenobligationen und Schuldscheindarlehen sowie für einen Diskont von unverzinslichen Schatzanweisungen ein Ansatz in Höhe von 133,8 Mill. DM (plus 61,8 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr) ausgebracht.

Ab Haushaltsjahr 1987 ist vorgesehen, die Ankäufe und Verkäufe von Schuldtiteln des Landes im Rahmen der Kurspflege nicht mehr über den Titel 595 00, sondern entsprechend der Regelung beim Bund über Titel 325 00 abzuwickeln. Bei Titel 595 00 wurde für das Haushaltsjahr 1987 ein Strichansatz ausgebracht.

Der Schuldendienst für Neuschulden für den Wohnungsbau ist gegenüber dem Vorjahr um rd. 5,0 Mill. DM auf 258,9 Mill. DM gestiegen, da das Land verpflichtet ist, zusätzliche (außerplanmäßige) Tilgungen an den Bund abzuführen.

Kapitel 14 710, 14 730, 14 750 und 14 760 - Versorgung -

In den o. g. Kapiteln werden die Versorgungsbezüge aller Landesbediensteten und ihrer Hinterbliebenen - mit Ausnahme der Bezüge der emeritierten Professoren, die im Einzelplan 06 veranschlagt sind - etatisiert.

Die Gesamtausgaben für Versorgungsbezüge, Beihilfen, Fürsorgeleistungen und anteilige Erstattungen an andere Dienstherren sind mit 3.796,5 Mill. DM veranschlagt. Die Erhöhung der Ausgaben gegenüber dem Vorjahr beläuft sich auf 237,2 Mill. DM. Sie beruht auf den Auswirkungen der Besoldungs- und Versorgungsanpassung sowie auf der Zunahme der Versorgungsfälle.

Die Einnahmen - anteilige Erstattungen des Bundes und anderer Dienstherren - werden mit 231,8 Mill. DM (im Vorjahr 259,3 Mill. DM) veranschlagt. Die Minderung der Einnahmen ist im wesentlichen auf die Abnahme der Erstattungsfälle zurückzuführen.

Pöcher